

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachmittags 6 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Verkaufsstellen 2 Mk. im Voraus, bei Zustellung durch die Post 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. jährlich. Abonnementpreis: 30 Mk. jährlich. Einzelhefte 10 Pf. Alle Bestellungen sind zu begleitender Zahlung zu versehen. Die Redaktion ist für die Rücksendung von Briefen nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Rücksendung von Briefen nicht verantwortlich.

Wilsdruff: Die Spezialredaktion 20 Goltzstraße, die 4. Spezialredaktion der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goltzstraße, die 3. Spezialredaktion der amtlichen Bekanntmachungen 100 Goltzstraße. Nachweisungsgebühr 20 Goltzstraße. Wilsdruff: Die Spezialredaktion 20 Goltzstraße, die 4. Spezialredaktion der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goltzstraße, die 3. Spezialredaktion der amtlichen Bekanntmachungen 100 Goltzstraße. Nachweisungsgebühr 20 Goltzstraße.

Nr. 228. 84. Jahrgang. Teleg.-Adr.: „Antsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, 30. September 1925

Abschied von Genf.

Völkerverbund und Völkerverbundrat haben ihre diesmaligen Beratungen in Genf beendet. Der Völkerverbundrat soll im Dezember wieder zusammentreten.

Genf wird wieder öde, die Massen der Völkerverbundsvertreter verlassen nach dreiwöchigem Aufenthalt jetzt wieder die Stadt; auch der Völkerverbundrat hat sich für längere Zeit verabschiedet. Nur ein paar Kommissionen, darunter die für die Abrüstung, sollen weiterarbeiten.

Es war mehr ein Aufenthalt in Genf als wirkliche Arbeit, die aus der diesjährigen Konferenz geleistet wurde. Es war ein sorgfältiges Ausweichen vor der Entscheidung in wirklich wichtigen Fragen; nur in gefährlicheren Fragen, d. h. also vor allem solchen, die die deutschen Interessen betreffen, brauchte man sich vor einer Entscheidung nicht zu fürchten. Also diesmal vor einem Spruch im Danziger-Polnischen Zwischenfall. Man entschied natürlich gegen Danzig, genau wie man es im vergangenen Jahre getan hatte.

Aber man hätte sich, beispielsweise in der künftigen Wollfrage eine Entscheidung zu fällen. Selbst Genf hat allmählich erkannt, daß England sich aus irgendwelchen Schiedsgerichten des Völkerverbundes gar nichts macht, wenn sich ein solcher Spruch gegen englische Interessen wendet. Ein noch besseres Beispiel hierfür ist auch die einfache Tatsache, die gleich in den ersten Tagen der diesjährigen Konferenz festgelegt wurde, daß das sogenannte Septembertprotokoll, durch das angeblich nun endgültig jeder Krieg aus der Welt geschafft werden sollte, ins Grab gelegt worden ist. Wehmützlich denkt man an die wunderschönen Reden, die damals Herriot und MacDonald hielten! Jetzt macht Briand die französische Politik mit der Reichs- und Baldwin ist Führer der überwältigend starken konservativen Mehrheit des englischen Parlaments. Aber schon MacDonald hatte erklärt, daß sich die englische Politik dem Völkerverbund gegenüber die Arme erhalten wolle. Nun hat man diese Abmachung ins Grab gelegt und es war nicht einmal ein schönes Begräbnis.

Es ist also das Charakteristische der diesmaligen Völkerverbundtagung, daß man von dem Wesentlichen nicht redete. Das gilt auch wieder für deutsche Interessen. Beispielsweise hat das Saargebiet ebenso heftig wie vergeblich in Genf gegen die französischen Regierungsmaßnahmen protestiert; vielleicht wird man dort endlich erkennen, daß Eingaben an den Völkerverbund nicht das Papier wert sind, auf dem sie geschrieben werden. Geschwiegen hat man auch über den verhängnisvollen Investitionsbeschluss des vergangenen Jahres, der die Entwaffnungskontrolle über die „besten“ Staaten in einer Weise festlegte, daß beim Festhalten an ihm der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund eine glatte Unmöglichkeit wäre. Dabei besteht dieser Beschluss theoretisch zu Recht; man hat ihn Deutschland auch nicht etwa zu Meinungsäußerungen mitgeteilt, sondern als Beschluss, nach dem sich Deutschland zu richten habe, wenn die Entwaffnungskontrolle der Entente durch die des Völkerverbundes ersetzt wird.

Geschwiegen hat man nun zwar nicht über den in Aussicht genommenen Sicherheitspakt zwischen Deutschland, England und Frankreich, man hat viel mehr sehr ausführlich darüber geredet, aber natürlich sich dabei gehalten, irgendwie handelnd einzugreifen. Man hätte das überaus leicht tun können durch die einfache Betonung, daß der Artikel 16 des Völkerverbundes seine Wirksamkeit behalten soll. Das ist nämlich einer der Streitpunkte, und zwar einer der wichtigsten, um den es sich nicht nur beim Sicherheitspakt, sondern auch bei der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerverbund handelt. Das gleiche gilt von dem Artikel 19, der die Möglichkeit einer Grenzabänderung zum Inhalt hat. Statt dessen machte man die französische Politik eines unbedingt starren Festhaltens an den Bestimmungen des Versailler Vertrages mit. Ebenfalls ist natürlich auch die Frage der Weltabrüstung nur einen Schritt vorwärtsgeschoben. Genau wie in den Fragen des Sicherheitspaktes liegen die Antriebe hierzu — Amerika — außerhalb des Völkerverbundes; daß bei den Beratungen des weitertagenden Abrüstungskomitees in Genf irgend etwas herauskommen wird, daran glauben selbst die dortigen Angaren nicht mehr.

So liegen die wirklichen machtpolitischen Entscheidungen außerhalb jener Konferenz, die in diesem Jahre ganz besonders überflüssig war. Nichts von dem ist geschehen, was die eigentliche Aufgabe des Völkerverbundes doch sein soll: die Annäherung der Völker, die der Krieg auseinanderriß. Weniger ist darin jetzt geschehen als früher. Während man sich in Genf unterhielt, handelte Frankreich in Marokko in einer Weise gegen die Eingeborenen wie in den wildesten Tagen des Weltkrieges; Hungerplünderung und Gas spielen dort die altbekannte Rolle. Das ist Wirklichkeit. Und Genf ist blosse Theorie.

Die diesjährige Genfer Tagung ist weniger denn je geeignet, uns zu veranlassen, Wirklichkeit, Lebensnotwendigkeiten für diese blosse Theorie zu verkaufen.

Erregte Sitzung des Völkerverbundesrates.

Genf, 28. September.

Die heutige Sitzung des Völkerverbundesrates nahm einen sehr erregten Verlauf und dürfte in der bisherigen Ge-

Die Konferenz verzögert.

Die deutschen Vorbehalte.

Berlin, 28. September.

Während am Wochenende der 5. Oktober als Beginn der Konferenz über den Sicherheitspakt festzusetzen schien, haben sich jetzt Momente ergeben, die eine hinausschiebung wahrscheinlich machen. Man spricht von einer Woche. Diese Verzögerung soll darin ihren Grund haben, daß die mündlichen Erklärungen der deutschen Völkerverbundsvertreter bei der Überreichung der deutschen Zustimmungsnote zur Einladung auf der anderen Seite Bedenken hervorgerufen hätten. Die Veröffentlichung der deutschen Note — die übrigens außer der Zustimmung kaum etwas Wesentliches enthalten haben soll — wird ebenfalls dem Vernehmen nach vorläufig um einen Tag verschoben. Die Westmächte haben sich, wie berichtet wird, entschlossen, eine Aussprache unter sich über die in den mündlichen Erklärungen der deutschen Gesandten in Paris, London und Brüssel aufgeworfenen Fragen, in erster Linie die Kriegsschuldfrage und die Räumung Kölns herbeizuführen. Englands und Frankreichs Völkerverbundsvertreter in der gleichen Angelegenheit bereits in Berliner Auswärtigen Amt vor. Als Konferenzort wird nunmehr bestimmt Bucarno genannt. Nach den mündlichen Darlegungen des deutschen Völkerverbundsvertreter Schamer in London ließ der englische Außenminister Chamberlain sofort den französischen Völkerverbundsvertreter eine Unterredung bitten. Im übrigen wird hier in Berlin von zuständiger Seite gesagt, das meiste der in den Blättern gebrachten Nachrichten beruhe auf Kombinationen.

Der deutsche Völkerverbundsvertreter von Goesch wird heute abend in Paris dem Außenminister Briand seinen Besuch abstellen. Den Gegenstand der Besprechung bilden nach französischer Darstellung hauptsächlich die französischen Garantierungen der deutschen Schiedsgerichtsverträge mit Polen und der Tschechoslowakei sowie die Räumung der Kölner Zone.

Die Kriegsschuldfrage.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hatte eine Unterredung mit dem in Berlin als Sonderberichterstatter wirkenden belgischen Mitarbeiter des Pariser „Matin“, Sauerwein. Dr. Stresemann sagte dabei u. a.: „Ich bin davon befriedigt, daß unser Völkerverbundsvertreter hat, am Montag nachmittag in der Kriegsschuldfrage mit Herrn Briand zu sprechen. Er wird ihm die Ansicht der deutschen Regierung klar zum Ausdruck bringen. Die Erklärung, die über die moralische Stellung Deutschlands zur Kriegsschuldfrage abgegeben wurde, bedeutet aber in keiner Weise eine Voraussetzung für unsere Beteiligung an der Konferenz. Unser Ziel und unsere Absicht bestand lediglich darin, gewisse Hindernisse aus dem Wege zu räumen und die Verhandlungen zu erleichtern, die die deutsche Regierung zu einem günstigen Resultat zu führen wünscht.“

Forderungen der Deutschnationalen.

Auf dem Landesparteitag der Deutschnationalen Volkspartei, der Sonntag in Mannheim stattfand, wurden mehrere Entschlüsse angenommen, die vor ihrem Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund die amtlich festgelegten Widerstand von der Schuld Deutschlands am Krieg verlangen. Ferner wird gefordert die Räumung Kölns, Stilllegung der Entwaffnungs- und Luftfahrtruppen, Befreiung der unwürdigen Zustände im besetzten Gebiet. Ein etwaiger Sicherheitspakt dürfe sich nur auf die Westgrenze beziehen und niemals einen Verzicht auf deutsches Land enthalten. Ein Eintritt in den Völkerverbund, der sich auf die Paragraphen 10 und 16 des Versailler Vertrages und die Schuldlüge aufbaue, sei von vornherein abzulehnen.

Der Reichstagsabgeordnete Schlang-Schöningen hielt dazu eine programmatische Rede, die ziemliches Aufsehen machte. Er sagte, bei Verhandlungen über einen Sicherheitspakt sei daran festzuhalten, daß es sich nur um Vorverhandlungen drehen könne, die denen festzustellen ist, ob die Gegenseite Sicherheiten auch für Deutschland geben wolle. Es sei ferner klar auszusprechen, daß es sich nur um eine Westkonferenz, nicht zugleich um eine Ostkonferenz handele, und schließlich, daß

sich diese sonst so würdevoll verfahrenen Körperschaft ohne Beispiel dastehen. Zuerst befaßte sich der Rat mit der Behandlung von Verletzungen des Vertrages zwischen Mexiko einerseits und Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan andererseits. Der Vertreter Litauens, Galvanaukas, legte ausführlich den Standpunkt Litauens dar. Er erging sich in heftigen Ausfällen gegen den Rat, dessen Zuständigkeit in dieser Frage er bestritt. Er behauptete u. a., daß die Frage der litauischen Minderheiten zu Unzulänglichkeiten führen würde, wenn Deutschland Mitglied des Rates wäre. Ehe noch die Verhandlungen an der fast sämtlichen

mit die moralische Verantwortung von den Vertragsgegnern fordern. Die Regierung habe sich also auf die von der Regierung Marx formulierte Note zu berufen, daß eine deutsche Alleinentscheidung am Krieg nicht anerkannt wird. Ebenso müsse die Entwaffnungsfrage und die der Militärkontrolle usw. gelöst werden. Sollte die Reichsregierung diesen nationalen Selbstverständlichkeiten nicht gerecht werden, dann dürfe sie die Deutschnationalen nach Abschluß eines solchen Vertrages in ihrer Mitte jedenfalls nicht mehr finden.

Frankreichs Stellungnahme.

Die Stellungnahme der französischen Regierung zu den beiden Problemen der Kriegsschuld und der Kölner Zone wird in Paris wie folgt angegeben: 1. Was die Kriegsschuldfrage anbelangt, so wird festgelegt, daß gemäß einer zwischen den Alliierten getroffenen stillschweigenden Vereinbarung Deutschland von der erneuten Ablegung eines Kriegsschuldbestimmnisses bei der Aufnahme in den Völkerverbund entbunden wird. Im übrigen weist man darauf hin, daß die Kriegsschuld Deutschlands durch den Artikel 231 des Versailler Vertrages ausdrücklich festgelegt ist und „daß keine Macht der Welt in der Lage sein würde, diesen Paragraphen aus der Welt zu schaffen“. Hinsichtlich der Räumung der Kölner Zone wird erneut betont, daß diese Frage und die der Unterzeichnung eines Rheinpaktes nach einer Aufklärung, die auch Deutschland bisher immer verweigert, zwei voneinander getrennte Probleme sind. Die Räumung des Kölner Gebietes könne gelegentlich der Unterzeichnung des Sicherheitspaktes nur dann erfolgen, wenn Deutschland die Abstellungsklausel erfüllt hat. Gegenüber der Behauptung in der deutschen Presse, daß die Ministerbegegnung nur den Anlaß einer späteren Konferenz bilde, legen die französischen Blätter erneut Wert auf die Feststellung, daß die Konferenz zu entscheidenden Beschlüssen führen müsse, wozu die Ratifizierung der Parlamente eingeholt werden müsse.

Inhaltsangabe des Paktentwurfs.

London, 28. September.

Der „Sunday Times“ zufolge ist der von den Juristen in London vorbereitete Paktentwurf ein kurzes Dokument. Seine Einteilung sei in weitem Maße von der Form der belgischen und luxemburgischen Neutralitätsverträge von 1867 und 1889 beeinflusst. Die wesentlichsten Klauseln bezögen sich auf den Fall eines sogenannten flagranten Angriffs. Diese Fälle seien 1. in großem Umfang erfolgende Verletzung der Grenze einer der Signalmächte durch die Streitkräfte einer anderen und 2. militärische Massenkonzentration an der entmilitarisierten Rheinzone mit der offensiblen Absicht, anzugreifen. Andere Klauseln bezögen sich auf Deutschlands Eintritt in den Völkerverbund und auf die Verletzung. In beiden erwähnten Fällen würde Großbritannien oder jede andere Garantemacht sich das Recht vorbehalten, mit bewaffneter Macht einzugreifen, um die nichtstehende Partei zu verteidigen, ohne zu warten, daß der Völkerverbund eine Partei als den Angreifer bezeichne, mit anderen Worten, Großbritannien würde selbst die Tatsachen beurteilen, z. B. ob der Angriff unprovokiert ist, und würde seine Handlungsweise entsprechend wählen, wobei in zweifelhaften Fällen die Entscheidung des Völkerverbundes abgewartet werden würde; aber auch nach dieser tatsächlichen Intervention würde der Fall vom Völkerverbund zu beurteilen sein.

Der deutsche Völkerverbundsvertreter bei Briand.

Eigener Fernsprechklausel des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 28. September. Der deutsche Völkerverbundsvertreter von Goesch befaßte gestern nachmittag 5 Uhr den französischen Außenminister Briand und besprach mit ihm verschiedene Nebenfragen, die mit der Einleitung zusammenhängen. In verschiedenen Fragen ist noch keine Einigung erzielt worden. In unterrichteten Kreisen glaubt man, daß der deutsche Völkerverbundsvertreter noch weitere Besprechungen mit Briand haben wird.

Ratsmitglieder teilnahmen, beendet waren, vertiefte Galvanaukas in großer Erregung den Saal. Der Rat beschloß auf Vorschlag Lord Robert Cecil, wenn dem Generalsekretär Mitteilungen über ernsthafteste Vertragsverletzungen aus Mexiko zugehen, so solle er diese den Ratsmitgliedern zur Kenntnisnahme unterbreiten. Die Erledigung der übrigen Punkte der Tagesordnung nahm nur wenige Minuten in Anspruch. Es wurde beschlossen, die Verhandlungen über die Danziger Beschwerte wegen der von Polen zur Bewachung des Munitionslagers auf der Westplatte gelegenen Mannschaft auf die Dezembertagung des Rates zu